

## Sport: Vorsorge soll auch künftig nicht wegfallen

*Das Abkommen des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Landessportbund über ärztliche Vorsorgeuntersuchungen der Sportler stand im Mittelpunkt der 20. Sitzung des Sportausschusses am 3. Mai 1982.*

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), erläuterte die Vereinbarung und wies darauf hin, daß man dabei besonderes Gewicht auf die Förderung der Vorsorgeuntersuchung gelegt habe. Dem Abkommen entsprechend können sich Sportler aus Mitteln des Landes einer Untersuchung auf ihre volle Sporttauglichkeit unterziehen. Die Abrechnung der Untersuchungskosten erfolge über den Landessportbund. Die Zahl der Untersuchungen, so der Minister weiter, habe im letzten Jahr bei rund 180000 gelegen. Der Haushaltsentwurf 1982 habe für derartige Untersuchungen noch 3,4 Millionen Mark vorgesehen, die jedoch wieder gestrichen worden seien. Mit dem Präsidenten des Landessportbundes, Dr. Weyer, habe er jedoch die Übereinstimmung erzielt, für 1982 den halbierten Betrag von 1,7 Millionen Mark einzustellen, um die bereits entstandenen Verpflichtungen für Untersuchungen aus 1981 abdecken zu können. Mit dem dann noch verbleibenden Rest sollte in Absprache mit dem LSB ein Untersuchungsprogramm durchgeführt werden. Die Frage, ob für 1983 Mittel für diesen Zweck eingestellt werden können, sei dabei jedoch offengeblieben. Man war sich aber auch einig, das Abkommen mit dem LSB nicht aufzukündigen. Farthmann fuhr fort, daß inzwischen damit zu rechnen sei, daß die 1,7 Millionen Mark allein durch die Abrechnung des vierten Quartals 1981 und

des ersten Quartals 1982 aufgezehrt würden und der LSB zunächst keine Möglichkeit sehe, mit Landesmitteln weitere Vorsorgeuntersuchungen durchzuführen. Unter diesen Gesichtspunkten habe der Gesundheitsausschuß des LSB nach Lösungen und Auswegen gesucht und eine Eigenbeteiligung der Sportler, eine Untersuchungsbeschränkung auf Jugendliche, Änderung des Untersuchungsrythmus, Beteiligung der Krankenkassen, Beitragserhöhungen von etwa einer Mark pro Jahr und Mitgliedschaft mittels Zusatzvertrages bei der Sporthilfe zur Sprache gebracht. Außerdem werde der Gesundheitsausschuß auch in seinen weiteren Sitzungen die Frage der Durchführung eines eingeschränkten Programms der Vorsorgeuntersuchung diskutieren. Der SPD-Sprecher, Bernd Feldhaus, unterstrich die Notwendigkeit derartiger Vorsorgeuntersuchungen, die auch in Zukunft nicht wegfallen dürfen. Er hielt aber eine Eigenbeteiligung der Sportler für durchaus überlegenswert und schlug vor, darüber mit dem LSB zu verhandeln. Er bat außerdem das Ministerium verstärkt darauf zu achten, daß besonders bei Kindern und Jugendlichen, die in der Regel auch dem Schularzt vorgestellt würden, Doppeluntersuchungen vermieden werden. Er bat darum, die Sportvereine rechtzeitig über derartige Entwicklungen zu informieren.

Auch Leonhard Kuckart (CDU) sprach sich für die Beibehaltung der Vorsorgeuntersuchungen aus, deren Bedeutung die Sportminister-Konferenz der Länder noch einmal deutlich gemacht habe. Er machte darauf aufmerksam, daß die Vereine die ärztliche Untersuchung zur Voraussetzung für das Treiben von Leistungssport gemacht hätten und ein Umgehen dieser Vorschriften besonders bei Jugendlichen vermieden werden müsse. Das Land trage hier große Verantwortung, die nicht auf den LSB abgewälzt werden dürfe.

Der Ausschuß sprach sich abschließend dafür aus, in Verhandlungen mit dem LSB

Fortsetzung Seite 14

## Haushaltskontrolle . . .

Fortsetzung von Seite 9

Bedenken, denn aus den Unterlagen über den Eintritt des Landes in die Gesellschaft sei zu ersehen, daß die Landesregierung nicht gewillt war, außer dem Kaufpreis für den Erwerb der Beteiligung weitere Einlagen in die Gesellschaft zu leisten.

Die Bedenken des Rechnungshofs konnten, wie der Berichtstatter erläuterte, nach Verhandlungen mit dem zuständigen Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr inzwischen ausgeräumt werden, und zwar durch eine schriftliche Erklärung des Mitgesellschafters, die gewährleistet, daß das erwähnte Verfahren keine Benachteiligung für das Land bringen könne. Die Messen in Düsseldorf und Köln würden jetzt gleichrangig behandelt. Im übrigen schloß sich der Ausschuß für Haushaltskontrolle und Rechnungsprüfung entsprechend der Empfehlung seines Berichtstatters der Auffassung des Landesrechnungshofs an, daß der Anwendung des „Schütt-aus-Hol-zurück-Verfahrens“ für eventuelle Gewinne mit größter Zurückhaltung begegnet und an der Absicht der Landesregierung beim Eintritt in das Unternehmen, außer dem Kaufpreis für den Erwerb der Beteiligung keine weitere Einlage zu leisten, festgehalten werden sollte.

Die Beratungen über den Jahresbericht 1979 des Landesrechnungshofs in Verbindung mit der Landeshaushaltsrechnung 1979 wurden anlässlich eines Informationsbesuchs bei den Medizinischen Einrichtungen der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster am 29. April fortgesetzt. Wie Ausschußvorsitzender Riehemann zu Beginn der Sitzung in Münster deutlich machte, wollen die Ausschußmitglieder durch derartige Besuche auch zum Ausdruck bringen, daß sie den ihnen vom Parlament erteilten Kontrollauftrag ernst nehmen und ihre Entscheidungen nicht nur am grünen Tisch treffen. Im allgemeinen seien solche auswärtigen Sitzungen außerdem dazu geeignet, die Bemühungen sowohl des Landesrechnungshofs als auch der Landesregierung um Behebung von Mängeln in der Verwaltung zu unterstützen. Durchweg würden diese Informationsbesuche von allen Beteiligten sehr positiv beurteilt. Dies bestätigte sich auch in Münster, wo der Ausschuß von den „Spitzen“ der Universität - Rektor Dr. Müller-Warmuth, Kanzler Dr. Triebold und Klinik-Verwaltungsdirektor Weber - herzlich begrüßt wurde. Die Vertreter der Hochschule gaben bereitwillig alle gewünschten Auskünfte. Für den Minister für Wissenschaft und Forschung nahm Staatssekretär Kleiner an der Sitzung teil. Der Landesrechnungshof war durch seinen neuen Vizepräsidenten Sauer vertreten.

Als Berichtstatter erläuterte Abgeordneter Helmut Harbich (CDU) die vom Landesrechnungshof festgestellten, zum Teil gravierenden Verstöße gegen Vorschriften des Personalverwaltungsrechts, des Haushaltsrechts und des Tarifrechts im Hochschulbereich, so auch bei der Universität Münster. So sei zum Beispiel die für eine ordnungsgemäße Personalplanung und Stellenbewirtschaftung unverzichtbare Stellenbesetzungskartei der Universität Münster so unzulänglich ge-



*Wenig Neigung, über Alternativen zum Abbruch nachzudenken, ließen die Vertreter der Stadtverwaltung Düsseldorf vor dem Petitionsausschuß (Vorsitzender Helmut Loos, CDU) erkennen, der sie zu einem Gespräch über das Schicksal von vier Häusern im Stadtteil Bilk geladen hatte. Die Vertreter der Wohnungsgenossenschaft, die hier 33 neue Mietwohnungen errichten will, waren nicht in der Lage, die Kosten für eine umfassende Modernisierung zu beziffern. Damit sahen sich die anwesenden Vertreter des Ministeriums für Landes- und Stadtentwicklung außerstande, die gewünschten Auskünfte über mögliche öffentliche Zuschüsse für den „Durchbau“ der vier Häuser aus der Jahrhundertwende zu erteilen. Ausschußvorsitzender Loos gebrauchte nach mehrstündiger Diskussion das Wort vom „Hornberger Schießen“.*

Foto: Tüßelmann



## SPD-Fraktion

### Wohnungspolitik im Gespräch

Aktuelle Probleme der Wohnungspolitik erörterten Vorstandsmitglieder des Bundes Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure (BDB) mit der SPD-Landtagsfraktion. Einen besonderen Stellenwert hatten bei dem Gespräch die Möglichkeiten zur Kosteneinsparung im Wohnungsbau. Hierzu hat der BDB hilfreiche Anregungen gegeben, die voll in die Überlegungen der SPD-Fraktion einbezogen werden. Gegenwärtig wird im Arbeitskreis der SPD-Landtagsfraktion für „Städtebau und Wohnungswesen“ ein Konzept erarbeitet, um verstärkt „Innovationen für kostengünstiges und nutzerfreundliches Bauen“ zu ermöglichen. Einig waren sich alle Gesprächsteilnehmer darin, daß ein Durchbruch nur gelingen könne, wenn alle am Bau Beteiligten an

einem Strang ziehen. Die SPD-Fraktion wird sich dafür einsetzen, daß die nötigen rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden. Mit der Aufnahme einer Versuchsklausel zur praktischen Erprobung neuer Bau- und Wohnformen in die Landesbauordnung (§ 87a) ist ein bahnbrechender Schritt getan. Die Vertreter des BDB begrüßten die neue Regelung und sicherten zu, daß sie alles tun würden, um von diesen Möglichkeiten auch vollen Gebrauch zu machen. Der offene und informelle Meinungsaustausch, der in herzlicher Atmosphäre verlief, soll fortgesetzt werden.

★

An die Stelle des Jugendarrests als „Zuchtmittel zur Besserung junger Straftäter“ sollten nach Meinung der SPD-Landtagsfraktion verstärkt sogenannte Arbeitsauflagen (Sozialdienste) und ambulante Betreuungsangebote treten. Dies gilt insbesondere für den Freizeit- und Kurzarrest. Als Begründung führt die justizpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Maria Jammes, die Tatsache an, daß

vom Jugendarrest nur geringe erzieherische Wirkungen ausgingen.

Nach den Vorstellungen der SPD-Fraktion sollen mehr Stellen für Sozialdienst angeboten und die Möglichkeit, Betreuungsweisungen auszusprechen, verbessert werden. Dieser Appell richtet sich an die Jugendgerichtshilfe und freie Träger. Es muß erreicht werden, daß Jugendrichter und Staatsanwälte diese alternativen Sanktionsmöglichkeiten des Jugendgerichtsgesetzes im notwendigen Umfang ausschöpfen können.

Maria Jammes: „Es ist sinnvoller, einen Jugendlichen beispielsweise mit einer Tätigkeit im sozialen Bereich für ein Vergehen sühnen zu lassen, als ihn am Wochenende zwei Tage in ein abgeschlossenes Zimmer eines Amtsgerichts einzusperren.“ Nach Meinung von Frau Jammes sollte die Anordnung von Jugendarrest nur noch auf besonders gefährdete Jugendliche begrenzt werden.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## CDU-Fraktion

### Nicht für jede Mark eine Richtlinie

„Die Landesregierung sollte schnellstens damit Schluß machen, für jede Mark, die sie an die Gemeinden verteilt, eine Richtlinie herauszugeben.“ Das forderte der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heinz Soénus. Auf der zweiten Station der Bereisung des Landes durch den Arbeitskreis Wohnungs- und Städtebau der CDU-Fraktion hatten die Unionspolitiker sich in Städten und Gemeinden des Kreises Paderborn über die Probleme dieses Raumes sachkundig gemacht. Der Arbeitskreis war auf Einladung von Toni Schröder, MdL, in den Kreis Paderborn gefahren.

„Es ist für die Städte und Gemeinden sinnvoller, nutzbringender und bürokratiehemmend, finanzielle Landeszuweisungen global zu erhalten“, meinte Soénus. Zahlreiche gute Beispiele von Gemeinde-Initiativen von verkehrsberuhigten Zonen bis hin zur Erhaltung wertvoller Bauten bewiesen, wie verantwortlich und durchdacht die kommunale Selbstverwaltung arbeite.

In der Gemeinde Borcheln in unmittelbarer Nähe der Stadt Paderborn, einer finanziell noch relativ gesunden Gemeinde, sei den CDU-Politikern sehr eindrucksvoll deutlich geworden, daß es vor allem die Landesgesetze seien, die den Gemeinden enorme Kosten aufladen. Soénus: „Das Land sollte Abstand nehmen von jeder Form von Perfektionismus. Das treibt die Kosten in die Höhe und die Gemeinden in die finanzielle Klemme.“

Das Land müsse endlich zu einer deutlichen Stärkung der Selbstverwaltung zurückfinden. Nicht eine Politik des „goldenen Zügels“, der ohnehin seinen Glanz verliere, sondern eine Politik der „langen Leine“ sei angebracht. Die Städte Delbrück und Salzkotten, aber auch die Stadt und der Kreis Paderborn, die vom Arbeitskreis besucht wurden und die teilweise sowohl mit Wanderungsgewinnen als auch mit einem Geburtenüberschuß leben, hätten kommunale Probleme beispielhaft gelöst. Dies sei das Ergebnis wachen Bürgerengagements und vorbildlichen kommunalverantwortlichen Denkens.

★

Eine verstärkte Aufklärung über die sogenannten „Jugendsekten“ hat die CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag gefordert. Der Obmann des Ar-

beitskreises Jugend, Familie und politische Bildung, Heinz-Josef Nüchel (Eitorf), zeigte sich zufrieden über die Bemühungen von Kirchen, Jugendverbänden, Jugendschutzstellen und anderen gesellschaftlichen Gruppierungen, die erreicht hätten, daß die Jugendsekten weitgehend als Scharlatanerie entlarvt seien und ihre vermeintliche Attraktivität weiter abgenommen habe. Trotzdem seien folgende Forderungen weiter wichtig, um der Verführung junger Erwachsener in die Abhängigkeit entgegenzuwirken:

1. Noch stärkere Aufklärung in den Schulen, in den Weiterbildungseinrichtungen (auch Lehrer), durch die kommunalen Jugendämter und die Jugendverbände sowie durch die Medien.
2. Die Landes- und Kommunalbehörden sollten sich weiterhin äußerster Zurückhaltung befleißigen bei der Anerkennung solcher weltanschaulicher Gruppen und vor allem keine Gemeinnützigkeit durch die Finanzämter gewähren, keine Sammlungserlaubnis erteilen und keine kommunalen Räume durch Miete oder unentgeltlich zur Verfügung stellen.
3. Bei der Rehabilitation sollte jungen Menschen weiter geholfen werden, um sie nach der Zerstörung ihrer Persönlichkeitsstruktur wieder in eine normale Entwicklung zu bringen.
4. Hilfe und Beratung sollte für betroffene Eltern zur Verfügung gestellt werden.

## Sport . . .

Fortsetzung von Seite 12

nach einer geeigneten Lösung für die Zukunft zu suchen.

Der Ausschuß informierte sich außerdem über die Situation der Rheinischen Reit- und Fahrschule in Wesel. Dem Trägerverein gehört auch das Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch den Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, an. Leitender Ministerialrat Dr. Benstrup vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erläuterte, daß noch 1980 zum Aufbau der Schule ein Landeszuschuß in Höhe von 13 Millionen

Mark vorgesehen war, der aber wegen der kritischen Haushaltslage des Landes vom Finanzminister nicht freigegeben worden sei. Inzwischen habe der Minister erklärt, daß die Landesregierung das Projekt Wesel angesichts der Haushaltslage aufgeben habe. Die Mitgliedschaft im Verein sei am 2. Februar 1982 aufgekündigt worden. Der Sportausschuß ließ sich über das Verfahren bis zum Austritt des Landes aus dem Trägerverein erläutern und machte deutlich, daß es zur Zeit keine Möglichkeit gebe, die notwendigen Gelder aus dem Sportetat zur Verfügung zu stellen.

Abschließend informierte sich der Sport-

ausschuß über die Situation der Sporthochschule Köln. Der Minister für Wissenschaft und Forschung, Hans Schwier (SPD), gab gemeinsam mit Vertretern seines Hauses einen umfassenden Sachstandsbericht, der die Haushaltssituation, den Stand des Ausbaues und die bauliche Unterhaltung umfaßte. Ausschußvorsitzender Richard Winkels (SPD) wies auf bauliche Mängel hin, die an Sportanlagen der Hochschule entstanden sein sollen und bat das Ministerium um sorgfältige Prüfung. Die Schließung von einzelnen Anlagen müsse verhindert und ein ordentlicher Ablauf der Studiengänge in Köln gewährleistet bleiben.

